



Trotz des Aufstiegs populistischer Parteien bleibt die relative Stabilität der politischen Kräfte in den Europawahlen gewahrt



Autor : Corinne Deloy

An die 270 Millionen Wähler aus 28 Staaten der Europäischen Union gingen zwischen dem 22. und 25. Mai zu den Urnen und wählten 751 Abgeordnete für das Parlament in Straßburg. Die erste Überraschung der Wahl: Die Beteiligung hat sich gehalten und ist im Vergleich zu den letzten Europawahlen von 4.-7. Juni 2009 sogar leicht gestiegen. Außerdem war der erwartete Zuwachs von populistischen Parteien in einigen Staaten zwar von Bedeutung – in anderen war er jedoch schwächer, um nicht zu sagen inexistent. Eine Stabilität im Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen im Parlament ist somit dennoch auszumachen.

Fortsetzung

Übersicht

Neuigkeiten : Wahl **Europawahlen** : Ergebnisse EP - Medien - Präsident/Kommission - Aufruf - Estland - Polen **Finanzkrise** : Vertrauen - Industrie - Handel - Zypern - Spanien - Frankreich - Griechenland - Portugal **Europäischer Rat** : Informelles Abendessen **Kommission** : Empfehlungen/Staaten - Energiesicherheit - Innovation - Wasser/Badestellen - Internet - Energie **Rat der Europäischen Union** : Syrien - Wahlen **EZB** : Finanzstabilität **Deutschland** : Nachbarschaft - Restrukturierung/Kommission - Preis/Karlspreis **Belgien** : Regierung? **Spanien** : Abdankung - Wettbewerbsfähigkeit **Italien** : Reformen/EU **Türkei** : Youtube **Ungarn** : Regierung **Vereinigtes Königreich** : Schottland **Slowenien** : Wahlen **Ukraine** : Präsidentschaftswahl - Hilfe **Europäischer Gerichtshof** für **Menschenrechte** : Ungarn **Berichte / Studien** : Drogen - Deutschland **Veröffentlichungen** : Werte **Kultur** : Ausstellung/Rom - Theater/Paris - Festival/Lyon

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Das elektive Prinzip in der Europäischen Union



Das Robert Schuman Zentrum organisiert in Partnerschaft mit dem Forschungszentrum der Universität Caen und dem CVCE aus Luxemburg ein Kolloquium mit dem Titel "Das elektive Prinzip in der Europäischen Union". Die Veranstaltung findet am 5. und 6. Juni im Maison Robert Schuman in Scy-Chazelles statt. Thierry Chopin, der Forschungsdirektor der Robert Schuman Stiftung, wird an den Arbeiten und Debatten teilnehmen. Die Anmeldung ist gratis und verpflichtend... [Fortsetzung](#)

Europawahlen :

Ergebnisse der Europawahl



Auf unserer Seite "Wahlen" finden Sie die Sitzaufteilung des EU-Parlaments für die achte Legislaturperiode sowie alle Ergebnisse in den 28 Mitgliedsstaaten. Die politischen Fraktionen beginnen sich diese Woche zu formieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mediale Auftritte zu den Ergebnissen der Europawahlen



Der Präsident der Robert Schuman Stiftung und seine wichtigsten Mitarbeiter wurden zu einer Vielzahl von medialen Auftritten eingeladen, um die Ergebnisse der Europawahlen zu kommentieren und vor allem die daraus folgenden Geschehnisse in Europa zu analysieren. Folgen sie unseren aktuellen Auftritten!.. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission?



Am 27. Mai 2014 forderten die Köpfe der politischen Gruppierungen im EU-Parlament die Staats- und Regierungschefs der EU dazu auf, dem EVP Kandidat Jean-Claude Juncker den Versuch zuzugestehen, eine Mehrheit von 376 Stimmen und somit die Ernennung zum Kommissionspräsidenten anzustreben. Hannes Swoboda, der österreichische Präsident der Gruppe der Sozialisten, sagte in einer Pressemitteilung: "Die Präsidentenkonferenz versammelte sich und forderte den Rat (die Führer der EU) dazu auf, Jean-Claude Juncker, dem Kandidaten der EVP und somit der größten politischen Gruppierung im Parlament, ein eindeutiges Mandat zur Verhandlung mit den anderen politischen Gruppierungen auszustellen.".. [Fortsetzung](#)

Europa verändern – Jetzt!



Die Arbeitgeberorganisationen in Deutschland (BDA und BDI), Spanien (Konföderation Spanischer Unternehmen), Italien (Confindustria), Polen (Lewiatan) und Frankreich (MEDEF) veröffentlichten einen Tag nach den Europawahlen einen europaweiten Aufruf. In ihm mahnten sie die Staats- und Regierungschef sowie die europäischen Institutionen dazu, den alarmierenden Wahlerfolg populistischer Parteien mit klaren, schnellen und konkreten Maßnahmen zu beantworten. Nach Aussage der Organisationen sei die Zeit gekommen, politische Entscheidungen zur weiteren Integration hinsichtlich der ökonomischen Konvergenzen, "insbesondere im Bereich Haushalt und Fiskus" voranzutreiben und somit die europäischen Bürger besser in die globalisierte Wirtschaft einzubinden... [Fortsetzung](#)

Andrus Ansip, Kommissar?



Wie die Regierung in Tallinn am 29. Mai 2014 bekannt gab, wird Estland seinen früheren Premierminister Andrus Ansip für den Posten des Europäischen Kommissars vorschlagen. A. Ansip war federführend bei den Austeritätsmaßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise von 2008-09 beteiligt. Im März legte er sein Amt als Premierminister nieder, nachdem er neun Jahre an der Spitze der Regierung gewesen war – ein Rekord in der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

Polen will den Posten des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik



Wie der polnische Premierminister Donald Tusk verkündete, wird Polen seinen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Radoslaw Sikorski, für den Chefposten der europäischen Diplomatie in der neuen Kommission vorschlagen. "Polen hat einen wichtigen Einfluss auf die Außenpolitik der EU gewonnen, sodass uns (der Posten) des Hohen Vertreters interessiert" – so zitiert die Tageszeitung Gazeta Wyborcza eine Erklärung des Chefs der polnischen Regierung am 29. Mai 2014. Er fügte hinzu: "Radoslaw Sikorski ist der natürliche Kandidat" für diesen Posten... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Eurozone: Vertrauen in Wirtschaft steigt



Am 28. Mai 2014 veröffentlichten Statistiken der Europäischen Kommission zufolge verbesserte sich das Vertrauen in die Wirtschaft der Eurozone im Mai leicht im Vergleich zum Vormonat April. Frankreich stellte mit einem im Sinken begriffenen Vertrauen wieder

eine Ausnahme dar. Der Vertrauensindex pendelte sich insgesamt bei 102,7 Punkten im Vergleich zu 102 im April ein und erreichte somit den höchsten Stand seit zweieinhalb Jahren... [Fortsetzung](#)

Markit Index für weiterverarbeitende Industrie sinkt



Einer am 2. Juni 2014 von Markit veröffentlichten Studie zufolge flaute das Wachstum im weiterverarbeitenden Sektor der Eurozone im Mai ab. Frankreich knüpft an den bisherigen Rückgang an, wohingegen sich der Aufschwung in Deutschland, Italien und Griechenland abschwächt. Der finale PMI Index für die weiterverarbeitende Industrie der Eurozone liegt somit bei 52,2 Punkten im Mai. Das Produktionswachstum verlangsamt sich in allen Staaten mit Ausnahme der Niederlande. Parallel geht das Volumen neuer Aufträge in Frankreich zurück. Die Verkaufspreise stiegen zum ersten Mal seit drei Monaten an... [Fortsetzung](#)

Rückgang des Warenhandels in den großen Volkswirtschaften der OECD



Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 27. Mai veröffentlichte, sind die Zahlen des internationalen Warenhandels im ersten Quartal 2014 zurückgegangen. Der Bericht hebt hervor, dass der Rückgang auch die großen Volkswirtschaften der OECD betrifft: "Die Warenexporte der G7 und der BRIC-Staaten sind im 1. Quartal 2014 im Vergleich zum letzten Quartal des Vorjahres um 2,6% gefallen". Was diese Staaten betrifft, "stagnieren die Importe mit einem Wachstum von nur 0,1% in derselben Zeit (hauptsächlich dank einer anhaltenden Einfuhr von Rohöl und Brennstoffen)".... [Fortsetzung](#)

Zypern hebt letzte Beschränkung des Kapitalverkehrs im Inland auf



Am 30. Mai 2014 hob Zypern die letzte rechtskräftige Beschränkung des Kapitalverkehrs im Inland auf und ermöglichte es den Bürgern, wieder neue Bankkonten zu eröffnen. Die Beschränkungen waren vor einem Jahr als Folge der Verhandlungen über ein internationales Darlehen von 10 Milliarden Euro an den vor dem Staatsbankrott stehenden Inselstaat eingeführt worden. Die Angst vor einer Bankenpanik hatte die zypriotische Regierung im März 2013 dazu veranlasst, sämtliche Banken für fast zwei Wochen zu schließen und eine Serie von drakonischen Maßnahmen zu deren Wiedereröffnung einzuleiten. Unter den Beschränkungen: Die Bürger konnten nicht mehr als 300 Euro am Tag abheben, die Unternehmen nicht mehr als 500; Schecks konnten am Bankschalter nicht mehr gegen Bargeld getauscht, sondern nur auf Konten eingezahlt werden. Außerdem wurden sämtliche Überweisungen von einem Bankkonto auf ein anderes kontrolliert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ergebnisse der Beobachtermission des IWF in Spanien



Nach Abschluss ihrer Beobachtermission in Spanien veröffentlichten Experten des Internationalen Währungsfonds am 27. Mai 2014 ihre Ergebnisse. In dem Bericht wird betont, dass Spanien die Zeiten der Wirtschaftskrise endlich hinter sich gebracht habe. Gestützt werde diese These von dem wieder zunehmenden Wachstum im 3. Quartal 2013 sowie dessen Anhalten bis zum 1. Quartal 2014 auf einem insgesamt höheren Niveau als 2008. Wie die Experten ausführten, reflektiere das Wachstum die Bemühungen der spanischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Allerdings zeige die Arbeitslosenquote, dass die Folgen der Krise noch nicht endgültig verarztet seien. Die Experten raten deshalb zu einer Weiterführung der Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums und zur Wiederherstellung des Vertrauens der Märkte. Dies führe zu einer Unterstützung nationaler Unternehmen und somit der Schaffung von Arbeitsplätzen... [Fortsetzung](#)

Zahl der Arbeitssuchenden nahm im April um 0,4% zu



Den am 28. Mai 2014 veröffentlichten Daten von Dares, der Statistikabteilung des Ministeriums für Arbeit, zufolge nahm die Zahl der Arbeitssuchenden in Frankreich im April um 0,4% zu. Nachdem das Niveau im März stabil geblieben war, steigt es somit erneut an. Die Zahl der Arbeitslosen der Kategorie A stieg im Beschäftigungszentrum im Vergleich zu März 2014 um 14 800 an und liegt bei 3 364 100 Personen... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse der fünften Beobachtermission des IWF in Griechenland



Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist nach seiner fünften Beobachtermission in Griechenland, das nach der Wirtschaftskrise 2008 von dessen Hilfe profitierte, zu Ergebnissen gekommen. Die fünfte Beobachtermission ermöglichte dem Staat zusätzliche Hilfen von 3,41 Milliarden Euro und beinhaltet das Gesamtbudget von 11,58 Milliarden Euro, von dem Griechenland seit Beginn der Krise profitierte. Die Mission betonte, dass der Staat wichtige Schritte zur Stabilisierung der Ökonomie ergriffen habe. Dennoch seien noch immer wichtige Maßnahmen in der Fiskalpolitik umzusetzen, um ein dauerhaftes Wachstum zu gewährleisten. Darüber hinaus wiesen die Experten darauf hin, dass die Exporte des Staates weiter schwach blieben und in diesem Bereich politische Programme zur Lösung des Problems ins Auge gefasst werden müssten. Zuletzt erinnerte die Beobachtermission an das Ziel des Hilfsplans bis 2022, die Staatsverschuldung unter 110% des BIP abzusenken... [Fortsetzung](#)

Portugiesisches Verfassungsgericht erklärt drei Budgetmaßnahmen in 2014 für ungültig



Das portugiesische Verfassungsgericht erklärte am 30. Mai 2014 drei wirtschaftliche Maßnahmen im Bezug auf das Staatsbudget 2014 für ungültig. Sie beinhalteten eine wichtige Reduzierung der Beamtengehälter, die es der Regierungen erlaubt hätte, die Pläne zur Umstrukturierung des Haushalts nach dem Austritt aus dem Internationalen Hilfsfonds am 17. Mai zu verfolgen. "Die Regierung wird nicht voreilig auf diese Situation antworten, da sie komplex ist und es keine einfache Lösung geben wird. Wir werden zu gegebener Zeit ankündigen, wie wir dieses enorme Ärgnis bewältigen werden", erklärte der portugiesische Premierminister Herr Passos Coelho... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäischer Rat :

Ergebnisse des informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs



Kurz nach der Europawahl fand am 27. Mai das informelle Abendessen der 28 Staats- und Regierungschefs statt. Diskutiert wurden die Europawahlergebnisse sowie die Aufgabe des Europäischen Rats, der Union klare Richtlinien vorzugeben. Herr Van Rompoy wird mit den Vorsitzenden der politischen Gruppierungen des Europaparlaments über den zukünftigen Kommissionspräsidenten beraten. Er erinnerte daran wie bedeutend es sei, die Finanzkrise zu überwinden, Wachstum, Wettbewerb und Arbeitsverhältnisse zu stärken sowie den Klimawandel zu bekämpfen. Die 28 erwähnten auch die Situation in der Ukraine. Sie begrüßten die reibungslose Durchführung der Wahlen am 25. Mai, die Herrn Poroschenko zum Sieger kürten und betonten, für die Zusammenarbeit mit ihm bereit zu sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Wachstum schaffen: Empfehlungen für den jeweiligen Staat in 2014



Im Rahmen ihrer makroökonomischen Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schlug die Kommission am 2. Juni 2014 vor, 6 Staaten aus dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) herauszunehmen (Staaten, deren Defizit die Marke von 3% des BIP übersteigt): Belgien, Österreich, Niederlande, Slowakei, Dänemark und die Tschechische Republik. Die Zahl der Staaten, deren Defizit als exzessiv bewertet wird, sinkt somit von 17 auf 11, wenn die Empfehlungen der Kommission von dem Rat der EU bestätigt werden. Unter den 11 Staaten befindet sich Frankreich, das sein Defizit 2015 unter 3% senken sollte. Hierzu zählen auch Irland, Polen, Portugal, Slowenien und das Vereinigte Königreich. Ein Staat, Malta, muss die Auflagen dieses Jahr erfüllen, vier andere haben Zeit bis 2016 (Zypern, Griechenland, Spanien und Kroatien). Noch kein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) ist bisher gegenüber Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Ungarn, Italien, Litauen, Luxemburg, Lettland, Rumänien und Schweden eingeleitet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Energiesicherheit: Globale Strategie zur Stärkung der Versorgungssicherheit



Als Antwort auf die aktuelle geopolitische Situation und die Abhängigkeit der Europäischen Union im Bereich Energie hat die Europäische Kommission am 28. Mai 2014 eine Strategie für Energiesicherheit angekündigt. Sie beinhaltet die Diversifizierung der externen Versorgungsquellen, die Modernisierung von Infrastrukturen und die Fertigstellung des inneren Markts für Energie und Energiewirtschaft. Die Strategie hebt die Notwendigkeit hervor, die getroffenen Entscheidungen auf der

Ebene nationaler Energiepolitiken abzustimmen und unterstreicht die Bedeutung einer gemeinsamen Stimme bei Verhandlungen mit externen Partnern. Der Vorstoß stützt sich auf die bereits erzielten Fortschritte seit der Gaskrise 2009. Die Entwürfe der Kommission werden vom Rat am 26. und 27. Juni geprüft... [Fortsetzung](#)

Mangel an finanziellen Ressourcen hindert Markteinführung von Innovationen



Die Europäische Kommission veröffentlichte am 27. Mai 2014 die Umfrage Innobarometer 2014, um die Meinungen und Einstellungen der Unternehmen in der EU hinsichtlich der Rolle von Staatshilfen bei der Markteinführung von Innovation besser zu verstehen. Die Umfrage hob hervor, dass ein Mangel an finanziellen Ressourcen das größte Hindernis bei der Markteinführung von Gütern und Dienstleistungen sei. Die Ergebnisse des Innobarometers sind im Einklang mit dem Union Innovation Scoreboard 2014 und bestätigen, dass sich die EU noch immer im Schlepptau der Weltmarktführer befindet... [Fortsetzung](#)

Die Mehrheit der europäischen Badestellen profitiert von einer exzellenten Wasserqualität



Der Bericht über die Wasserqualität von Badestellen wird jedes Jahr von der Europäischen Umweltagentur (EUA) veröffentlicht. Sie prüft die Wasserqualität an 22 000 Badestellen in der EU wie beispielsweise in der Schweiz oder - dieses Jahr zum ersten Mal - in Albanien. Die Wasserqualität der Strände, Flüsse und Seen in Europa war 2013 insgesamt sehr zufriedenstellend- so genügten 95% der Stellen den Anforderungen. Die Zahlen zeigen, dass die Küstenorte besser abschneiden als die Badeorte im Landesinneren. Die Badestellen von Zypern und Luxemburg wurden als "exzellent" gewertet. Auf die beiden Staaten folgen Malta (99%), Kroatien (95%) und Griechenland (93%). Am anderen Ende der Klassifizierung steht die Bewertung "ungenügend". Hier waren die Mitgliedsstaaten mit der stärksten Verschmutzung Estland (6%), die Niederlande (5%), Belgien (4%), Frankreich (3%), Spanien (3%) und Irland (3%)... [Fortsetzung](#)

Die Internetnutzung in der Europäischen Union steigt besonders unter Benachteiligten



Neuen, am 28. Mai 2014 veröffentlichten Daten zufolge sind 95 der 101 von der Kommission für 2015 festgelegten Ziele im Bereich Digitaltechnik dabei erreicht zu werden. Die Entwicklung bestätigt somit zufriedenstellende Fortschritte. Privatkunden und Unternehmen der Union nutzen das Internet folglich immer mehr und wickeln immer mehr Verkäufe online ab. Das Vertrauen von Unternehmen in die digitalen Technologien wächst, genauso wie ihre Kompetenzen in diesem Bereich. Sehr häufig jedoch, besonders in den ländlichen Gebieten, besitzen die Unternehmen keine schnelle Breitbandverbindung, die ihnen das Erreichen ihre Ziele hinsichtlich Informationstechnik ermöglichen würde. Darüber hinaus ist das Defizit an Digitalkompetenzen weiterhin sehr besorgniserregend... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine und Russland: Das Gas steht auf dem Spiel



Nach Aussage verschiedener Verantwortlicher leistete die Ukraine am 30. Mai 2014 eine erste Zahlung an Russland und glich somit Schulden für Gaslieferungen aus. Die Maßnahme führte sogleich zu neuen Diskussionen zwischen Kiew und Moskau, um weitere Ausfälle der Gaslieferung nächste Woche zu verhindern. "Wir haben noch keine Lösung, aber immerhin schreiten wir voran" verkündete Günther Oettinger, der Europäische Kommissar für Energie, in Berlin. Vorangegangen waren Verhandlungen mit dem russischen Energieminister Alexander Novak und seinem ukrainischen Amtskollegen Iouri Prodan sowie den Leitern des russischen Lieferanten Gazprom und des ukrainischen Verteilers Naftogaz. Die Gespräche, die sich an viele andere in den letzten Wochen anschlossen, waren von entscheidender Bedeutung, da Gazprom damit gedroht hatte, Kiew den Gashahn abzudrehen. Durch die Drohung war zuletzt auch die Versorgung der Europäischen Union in Gefahr gebracht und die ohnehin bereits explosive Situation zwischen beiden Staaten weiter belastet worden... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Syrien: Wirtschaftssanktionen der EU bis 1. Juni 2015 verlängert

Auf Basis einer am 31. Mai in Auftrag gegebenen Prüfung der zuvor



festgelegten Maßnahmen stimmte der Rat der Europäischen Union am 28. Mai 2013 einer Verlängerung der Sanktionen gegenüber dem syrischen Regime zu. Die Maßnahmen gelten bis 1. Juni 2015 und beinhalten eine Reihe von Ein- und Ausfuhrverboten wie beispielsweise ein Ölembargo und Auflagen für Investitionen, Finanz- und Transportaktivitäten. Zwei Personen und eine Entität sind von der zu Beginn aufgesetzten Liste der Sanktionen gestrichen worden. Es verbleiben somit 179 Personen, die mit der gewalttätigen Unterdrückung in Syrien in Verbindung gebracht und deshalb mit Einfrierung ihrer Konten und einem Reiseverbot bestraft werden... [Fortsetzung](#)

Rat für Allgemeine Angelegenheiten



Am 30. Mai 2014 kamen in Athen 28 Vertreter für Europäische Beziehungen der Europäischen Union im Rat für allgemeine Angelegenheiten zusammen. Im Rahmen des Treffens diskutierten die Vertreter und Minister über das Thema "Die Perspektive eines interinstitutionellen Konsens über die Beziehungen zwischen Rat, Parlament und Kommission: Inhalt & Prozesse". Darüber hinaus sprachen sie insbesondere über die Kooperation zwischen den verschiedenen Institutionen. Sie betonten dabei die Stärkung der Rolle des Rates für allgemeine Angelegenheiten innerhalb der Europäischen Union. Eine Vielzahl von Teilnehmern unterstrich außerdem die Notwendigkeit, die neue Politik der europäischen Organe zu verfolgen und den letzte Woche durch die Stimmen der Bürger ausgedrückten Wählerwillen zu berücksichtigen... [Fortsetzung](#)

EZB :

EZB: Fortschritt in der Stärkung der Banken und Staatsfonds



Die Spannungen auf den Finanzmärkten der Eurozone sind nach einem neuen Stabilitätsreport, den die Europäische Zentralbank (EZB) am 28. Mai 2014 veröffentlichte, moderat geblieben. Im Zuge der getätigten Maßnahmen zur Bekämpfung "alter" Risiken der Banken und Staatsfonds nahmen die Sorgen der Investoren hinsichtlich der weltweiten Finanzkrise weiter ab. Die Banken der Eurozone beschleunigten die Bereinigung und Stärkung ihrer Bilanzen seit dem dritten Quartal 2013, als sich die Diskussionen über eine europaweite Bankenaufsicht der BZE intensivierten. Insgesamt verringerten sich die Risiken mit der Einführung der budgetären Sanierungsmaßnahmen und strukturellen Reformen, auch wenn die Fortschritte ungleich verteilt sind... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Angela Merkel trifft Regierungschefs von Georgien, Moldawien und Ukraine



Am 28. Mai 2014 traf die deutsche Kanzlerin Angela Merkel mit den Regierungschefs von Georgien, Moldawien und der Ukraine zusammen, um die durch die Krise in der Ukraine belastete Region zu diskutieren. Während des Treffens wurde beschlossen, dass Georgien und Moldawien am 27. Juni 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen können. Die Regierungschefs hoben besonders die Fähigkeit eines jeden Staates hervor, sich unabhängig von äußerem Druck für eine geeignete Entwicklung entscheiden zu können. Die Kanzlerin begrüßte die reibungslos verlaufenen freien Wahlen in der Ukraine und erhielt Dank für die deutsche Unterstützung in der Ukraine, aber auch in Georgien und Moldawien... [Fortsetzung](#)

Wolfgang Schäuble will die Kommission anhand von "Super-Kommissaren" restrukturieren



Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble greift Arbeiten der Robert Schuman Stiftung auf, die eine Reform der Europäischen Kommission nach bestehenden Verträgen empfehlen. In einem am 30. Mai 2014 veröffentlichten Artikel der Tageszeitung Die Welt setzt sich der Minister für eine Restrukturierung der Europäischen Kommission um eine Handvoll Kommissare mit Kernkompetenzen ein. "Wir können die Kommission auf effizientere Weise organisieren", erklärt W. Schäuble. "Zum Beispiel sollten wir darüber nachdenken, verschieden Zuständigkeitsbereiche um die Posten einer geringen Zahl von Vize-Präsidenten der Kommission herum zu organisieren und ihnen die anderen Kommissare unterzuordnen". Derselbe Vorschlag wurde bereits von Guy Verhofstadt, dem Leiter der liberalen Fraktion ALDE, während der Kampagne zu den Europawahlen vorgebracht... [Fortsetzung](#)

Herman Van Rompuy erhält Karlspreis



Am 29. Mai 2014 erhielt Herman van Rompuy, Präsident des Europäischen Rats, in Aix-la-Chapelle den Karlspreis. Der Preis ist Personen gewidmet, die sich um die Europäische Einigung verdient gemacht haben. In seiner Dankesrede betonte H. Van Rompuy, dass die Bürger in Europa einen Verlust ihrer Souveränität sähen, obwohl sie dazu gemacht sei, ihnen mehr Souveränität zu verleihen. Von Beginn an sei alles für ein Einreißen der Grenzen in vielen Bereichen und die Schaffung eines großen gemeinsamen Raumes getan worden. Dennoch, so H. Van Rompuy, werde Europa nicht als Zufluchtsort wahrgenommen. Hierin, erklärte er, lägen die aktuellen Legitimationsprobleme der Europäischen Union. Das Projekt einer dänischen Reise "Our Europe" erhält den ersten Platz des Karlspreis der Jugend. Das Projektteam verbrachte eine Jahr damit, in 24 europäische Länder zu reisen. Sie wohnten dabei in den Quartieren der Jungen Europäer und führten lange Interviews über deren Lebensbedingungen, Bildung und Arbeit. Filme, Interviews und Fotos sind auf ihrer Internetseite verfügbar... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Belgien :

Belgien: Rücktritt der Regierung, Bart de Wever wird "Informateur"



Am 26. Mai 2014 erhielt der belgische König Philippe von Premierminister Elio di Rupo das Gesuch für einen Regierungsrücktritt. Die Mitteilung ist die Folge der einen Tag zuvor abgehaltenen Parlamentswahlen, die die Neu-Flämische Allianz (N-VA) in Flandern für sich entscheiden konnte. Am 27. Mai beauftragte der König hierauf Bart de Wever, Präsident der N-VA, als "Informateur" unverzüglich die Bedingung zur Neubildung einer Regierung auszukundschaften. Herr De Wever nahm diesen Auftrag an. Er wird dem König am 3. Juni einen Bericht über den Fortschritt seiner Bemühungen vorlegen. Als Sieger der belgischen Parlamentswahl am 25. Mai wird Bart de Wever somit "Informateur"- und das, obwohl er zur selben Zeit eine Reihe von Gesprächen zur Errichtung einer eigenen flämischen Regierung einleitete... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Spanien :

Juan Carlos dankt ab



Der spanische König Juan Carlos dankte am 2. Juni 2014 ab, nachdem er 39 Jahre auf dem Thron saß. Prinz Felipe, 46 Jahre alt, wird im nachfolgen. Die Abdankung wurde vom spanischen Regierungschef Mariano Rajoy verkündet. Er fügte hinzu, dass ein Nachfolgeprozess eingeleitet werde. Zu diesem Zwecke müsse eine grundlegende Gesetzgebung verabschiedet werden. Ein außerordentlicher Ministerrat wurde am 3. Juni zusammengerufen.

[Andere Links](#)

Spanien: Plan zu Wettbewerbsfähigkeit am 6. Juni



Der spanische Regierungschef Mariano Rajoy verkündete am 31. Mai 2014 einen neuen Plan zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Reduzierung von Unternehmenssteuern auf 25%. "Am 6. Juni wird die Regierung einen Plan für erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz vorstellen", bestätigte Mariano Rajoy während des 30. Treffens des Economic Circle von Sitges vor dem Vize-Präsident der Europäischen Kommission Joaquin Almunia. "Der Plan sieht die Mobilisierung eines Investments von 6,3 Milliarden Euro vor: Ungefähr 2,67 Milliarden werden von privaten Geldgebern kommen und 3,63 aus dem öffentlichen Sektor". Er erklärte außerdem eine Reduzierung der Unternehmenssteuern von den aktuellen 30% auf die vom IWF empfohlenen 25%. Wie er es im Prinzip schon bei der Umsatzsteuer getan hatte versicherte er: "dies wird nicht von der Haushaltsreform, die wir im Juni verabschieden werden, beeinträchtigt"... [Fortsetzung](#)

Italien :

Matteo Renzi ruft Europäische Union zu Reformen auf



Der italienische Premierminister Matteo Renzi, schillernder Sieger bei den zurückliegenden Europawahlen, ruft die Europäische Union gemeinsam mit Italien an der Spitze zu Reformen auf und mahnt dazu, sich nicht in Machtstreitigkeiten zu verfangen. "Bevor wir über Namen diskutierten, sollten wir über das Programm sprechen", verkündete Herr Renzi am 31. Mai 2014 in einem in verschiedenen europäischen Zeitungen veröffentlichten Interview, zu denen auch La Stampa gehörte. Auf die

Frage nach der Kandidatur Herrn Junckers erklärte Matteo Renzi, dass der Arbeitsmarkt von größerem Interesse als Machtpositionen sei. Matteo Renzi bekräftigte außerdem, dass Italien die von der Europäischen Union auferlegten Reformen weiterverfolge und fügte hinzu, dass Italien bereits damit begonnen habe... [Fortsetzung](#)

Türkei :

Türkisches Verfassungsgericht hebt Blockade von Youtube auf



Das türkische Verfassungsgericht urteilte am 29. Mai 2014, dass die Entscheidung, Youtube zu blockieren, Verbraucherrechte und das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt habe. Das türkische Verfassungsgericht überprüfte drei unterschiedliche Klagen zu dem am 27. März von der Regierung eingeführten Verbot. Einer der Klage war von der Gesellschaft selbst getätigt worden, wohingegen die anderen von dem Präsidenten der Union der türkischen Anwaltskammern (TBB), Metin Feyzioglu, stammten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ungarn :

Exklusiv männliche Regierung in Ungarn!



Der frühere ungarische Justizminister, Tibor Navracscics, wurde am 29. Mai 2014 von Premierminister Viktor Orban zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten ernannt. Er führt somit seit seinem Sieg in den Parlamentswahlen vom 6. April sein Mandat von vier Jahren weiter. Tibor Navracscics ersetzt Janos Martonyi, der den Posten des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten seit 2010 innehielt. Herr Navracscics erhält auch das Ressort der Außenwirtschaftsbeziehungen. Er wird im Justizministerium von Laszlo Trocsanyi, dem früheren Botschafter für Ungarn in Frankreich, ersetzt. Noch eine Änderung: Die Beförderung des früheren Regierungssprechers Janos Lazar zum Chef des Premierministerbüros. Die Regierung, die 9 Ministerien beinhaltet, besteht nur aus Männern. Das ist ein Rückschritt. Das einzige weibliche Regierungsmitglied der vorherigen Regierung, Zsuzsanna Nemeth, gab ihr Entwicklungsressort an Miklos Sesztak ab. Der ungarische Präsident Janos Ader muss die Regierung annehmen, die daraufhin am 6. Juni dem Parlament vorgestellt wird... [Fortsetzung](#)

Vereinigtes Königreich :

Beginn der Kampagne für das Unabhängigkeitsreferendum in Schottland



Die Kampagne für das Unabhängigkeitsreferendum in Schottland begann offiziell am 20. Mai 2014 und ist auf sechzehn Wochen bis zur historischen Entscheidung für die Zukunft der Region und des Vereinigten Königreichs angelegt. Der offizielle Start ist an präzise Regeln, wie beispielsweise das Budget der Kampagnen, gebunden. Keines der beiden politischen Lager darf mehr als 1,5 Millionen Pfund annehmen. Während die Kampagne für ein "Ja" einen Teil ihres Rückstands im Frühjahr aufzuholen scheint, zeigen die aktuellsten Umfragen eine leichte Zuwachs des "Nein"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Parlamentswahlen in Slowenien am 13. Juli



Wie Präsident Borut Pahor am 1. Juni 2014 entschied, wählen die Slowenen am 13. Juli ein neues Parlament. Die Wahlankündigung wurde notwendig, nachdem Premierminister Alenka Bratusek im Mai zurückgetreten war. Herr Pahor, der das Ende 2011 gewählte Parlament formal auflöste, hofft nun auf eine Regierungsbildung bis Mitte September, um eine anhaltende politische Paralyse zu verhindern. Die slowenische Wirtschaft gesundet weiter, nachdem der Staat letzten Winter mit allen Mitteln verhindert hatte, internationale Hilfsfonds in Anspruch zu nehmen. Alenka Bratusek, Oberhaupt der im März 2013 an die Macht gelangten Koalition, war am 5. Mai das Handtuch, nachdem er die Führung der Partei Positives Slowenien (PS) an Zoran Jankovic, den Gründer der Partei und Bürgermeister Ljubljanas verloren hatte. Letzterer hatte zuvor die Spitze der PS nach Korruptions- und Betrugsvorwürfen räumen müssen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Erfolgreiche Präsidentschaftswahl und Weiterführung der Anti-Terror-Operationen in der Ukraine



In der Ukraine konnte Petro Poroschenko die Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 für sich entscheiden. An der Spitze seiner Prioritäten steht das Beenden des Kriegs mit dem separatistischen Osten, wo die Wahl nahezu nicht stattgefunden hatte, sowie das Umlenken seines Staates hin zur europäischen Integration. Er wird am kommenden 7. Juni in sein Amt eingeführt. Darüber hinaus verkündete er Details zu weiteren Schritten, die er als Staatschef umsetzen werde. Er habe vor, dass Donezbecken zu besuchen, das den Aufständen pro-russischer Militärs zum Opfer gefallen war; Außerdem wolle er "den Frieden in der Ukraine wiederherstellen" und die für dieses Jahr geplanten Wahlen einberufen. Schließlich bekräftigte er, dass er das im März auf der Krim abgehaltene Referendum niemals anerkennen werde. Boxweltmeister Vitali Klitschko, einer der Schlüsselfiguren der prowestlichen Proteste, wurde zum Bürgermeister Kiews gewählt. Zur selben Zeit verkündete die Interimsregierung, die Anti-Terror-Operationen im Osten fortzuführen– insbesondere im Hinblick auf die Zurückeroberung des Flughafens in Donezk. Die Konflikte schwelten momentan weiter... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

[Weltbank schüttet 750 Millionen Dollar an Ukraine aus](#)



Am 29. Mai 2014 schüttete die Weltbank 750 Millionen Dollar an die Ukraine aus. Wie der Finanzminister bestätigte, stellte dies die erste Stufe der Hilfe von 3,5 Milliarden zur Verfügung gestellten Dollar für den Staat, der gegen das Bankrott kämpft, dar. Wie der Finanzminister zu den Fonds ausführte, "werden sie für strategische und institutionelle Reformen genutzt werden", insbesondere im Hinblick auf eine "Stabilisierung der ökonomischen und finanziellen Situation des Staates". Ein Teil der Kredite soll dabei helfen, die Reformen "von oberster Priorität" in dem gegen Korruption kämpfenden Staat zu unterstützen. Außerdem soll das "ungerechte" System der Energiepreissubventionen reformiert werden, um die Ärmsten zu schützen... [Fortsetzung](#)

[Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte :](#)

[Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Ungarn](#)



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) des Europarats verurteilte Ungarn für die Absetzung des Präsidenten des obersten ungarischen Gerichtshofs. Der Kläger, Herr Baka, war am 1. Januar 2012 und somit drei Jahre vor Ende des Mandats aus seiner Stelle entlassen worden. M. Baka hatte keine Anklage gegen diese Entscheidung erheben können, die seines Erachtens eine Folge seiner Kritik an den unternommenen Verfassungsänderungen in Ungarn waren... [Fortsetzung](#)

[Berichte / Studien :](#)

[Ein Viertel der Europäer hat im Lauf des Lebens unerlaubte Drogen konsumiert](#)



Neue und besonders kräftige synthetische Drogen, ein Anstieg an Überdosen in einigen Staaten, immer hochdosiertere Substanzen: Wie die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) in ihrem alarmierenden Jahresbericht betonte, werden die in Europa konsumierten Drogen immer schädlicher für die Gesundheit. Mehr als 80 Millionen Europäer - und somit ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung der EU - haben in ihrem Leben bereits unerlaubte Drogen konsumiert... [Fortsetzung](#)

[Ausbildung in Deutschland](#)



In seiner im Mai 2014 erschienenen Note du Cerfa behandelt René Lassere die Ausbildung in Deutschland und untersucht "die sozio-ökonomischen Dynamiken und die Kapazität der Anpassung des Systems". Jenseits der wiederkehrenden ökonomischen Indikatoren stützten sich Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsleistung Deutschlands auf eine Säule des Sozialsystems: Die duale Ausbildung. In dieser Hinsicht bestünde die Ausbildung in Deutschland aus einem Theorieteil und der Aneignung praktischer Fähigkeiten im Rahmen einer Unternehmensausbildung. Das duale System sähe sich heute vor zwei Herausforderungen. Die erste sei die demographische Struktur: Die in Deutschland bekannte schwache Geburtenrate. Die zweite läge in der soziologischen Struktur: die Jungen zögen mehr und mehr längere Ausbildungen und Hochschulabschlüsse vor... [Fortsetzung](#)

[Veröffentlichungen :](#)

Die Werte der Europäer - Entwicklungen und Gräben



Der Verlag Armand Colin veröffentlicht eine unter der Direktion von Pierre Bfréchon und Frédéric Gonthier umgesetzte Studie mit dem Titel "Die Werte der Europäer - Entwicklungen und Gräben". Dabei greifen die Autoren das Argument auf, dass "die Globalisierung zu einer Angleichung der Werte führt" und "die Staaten immer abhängiger sind und dazu veranlasst werden, gleiche Lebens- und Denkweisen anzunehmen". All dies werde noch verstärkt von der Europäischen Konstruktion, die "von der Vergangenheit geerbte Spezifitäten verschwinden lässt". Im Anschluss an diese Einführung zeigen die Autoren in ihrer Untersuchung auf, dass diese Argumente falsch sind. Nach ihren Aussagen zum Zeitraum nach 1981, "sind keine massiven Annäherungen zu beobachten: Die Differenzen bleiben von großer Bedeutung zwischen dem Norden und Süden Europas genauso wie zwischen West und Ost." Über diese Hypothese hinausgehend unterstreichen die Autoren außerdem, dass "die Karte der Werte jedoch nicht starr sei", denn "man beobachtet überall die Bedeutungszunahme der Werte der Individualisierung"... [Fortsetzung](#)

Kultur :

1564-2014: Michelangelo



Zum 450. Geburtstag des Künstlers Michelangelo Buonarroti richtet das Musei Capitolini in Rom eine Ausstellung mit einer großangelegten Werkschau des Künstlers aus. Hierbei soll eine Serie von thematischen "Kontrasten" die Komplexität des Werkes für den Besucher erläutern. Die Ausstellung zeigt nicht nur Zeichnungen, Malereien und Skulpturen, sondern auch Gedichte und Briefe des Künstlers... [Fortsetzung](#)

Guillaume Gallienne spielt die Lucrezia Borgia in der Comédie Française



Lucrezia Borgia kehrt von 24. Mai bis 20. Juli 2014 an die Comédie Française zurück. Lucrezia, die inzestuöse, die monströse, die Giftmischerin sucht erneut das Parkett des Theaters heim. Nicht weniger als vier Inszenierungen in Folge, jeweils mit aufsteigenden Sternen für die Titelrolle im Repertoire: Nach Marina Hands (unter der Direktion von Lucie Berelowitsch) und Nathalie Richard (unter derjenigen von Jean-Louis Benoît) – sowie vor Béatrice Dalle, die diesen Sommer im Château de Grignan in einer Inszenierung von Davide Bobée spielen wird – gibt Guillaume Gallienne die Rolle momentan in der Comédie Française zum besten... [Fortsetzung](#)

Les nuits de Fourvière



Theater, Musik, Tanz, Oper, Zirkus und Kino... Les nuits de Fourvière sind den darstellenden Künsten gewidmet und tragen seit 1946 dazu bei, die Disziplinen zu verbinden. Von 3. Juni bis 2. August vereinigt das Festival über 60 Vorstellungen und mehr als dreißigtausend Besucher... [Fortsetzung](#)

Agenda :



3.-4. Juni
Brüssel
Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsstaaten



4.-5. Juni
Brüssel
G7 Gipfel



5. Juni
Frankfurt/Main
Rat der Vorsitzenden der Europäischen Zentralbank (EZB)



5.-6. Juni

5
Jun

Luxemburg
Rat für Justiz und Inneres

Brüssel
Rat für Transport, Telekommunikation und Energie

6
Jun

6. Juni
Normandie
70. Jahrestag der Landung

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Pauline Massis Desmarest ; Claire Darmé, Raphaël Frison,
Jelena Isailovic, Marine Le Lann, Salomé Larcher

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}